

Die Halle monatlich bei zweimonatlicher Aufteilung 3,00 Mark, vierteljährlich 8,00 Mark, durch die Post 7,50 Mark usw.

Laale-Zeitung

Vierundfünfzigster Jahrgang.

Die 4 Spalten 34 mm breit 100 Mal mehr oder deren Raum 20 Pf. und Reklamen die 92 mm breite 10 Mal mehr...

Nr. 24.

Halle, Donnerstag, den 15. Januar 1920.

Einzelpreis 15 Pfg.

Gefälschte Generalstreik = Aufforderung.

Der Reichskanzler über den Friedensvertrag.

Die Hoffnung auf eine Milderung des Versailler Friedens. — Die Verordnungen der Rheinland-Kommission. — Begünstigung von Hochverrätern. — Unser Dank an die Schweiz.

FRANKFURT, 14. Jan. Der Reichskanzler gemäß dem Berliner Vertrag der Neuen Zürcher Zeitung eine Unterredung. Am Verlaufe dieses Gesprächs äußerte er sich in Hinblick auf die Ratifikation des Friedens wie folgt: „Die wollen“, erklärte er dem Vertreter des Schweizer Blattes, „die Schwere ist es gefolgt hat, diesen Frieden unter Dach und Fach zu bringen. Immer wieder kam eine neue Forderung der Entente, die neu Beratungen notwendig machte, immer wieder wurde der Augenblick der Ratifikation hinausgezögert, obwohl wir ein dringendes Interesse daran hatten, den Waffenstillstand durch Schaffung eines wirksamen Rechtszustandes abzuschließen.“

formell eine wichtige Etappe zurückgelegt.

Welche Stellung wir als Volk und als Regierung einnehmen wollen, wird Ihnen bekannt sein. Wir sind entschlossen, den Vertrag zu halten, so schwer er ist; wir wollen keine Ruandepolitik treiben, sondern wir wollen arbeiten; wir wollen uns also bemühen, Paragrafen für Paragrafen des Versailler Friedens inzugestehen, und das mit voller, bewusster Bewusstheit. Wir erwarten aber auch, daß die Entente loyal ist und zu einer

Milderung des Versailler Friedens

bereit sein wird, sobald sich herausstellt, daß er in dieser Form nicht durchführbar ist. Denn darüber wollen wir uns klar sein, wenn der Versailler Vertrag nicht als ein Werkstück in dem Geiste ausgeführt wird, in dem der Waffenstillstand gehandhabt worden ist, so bedeutet er nicht den Beginn eines Friedensaufbaues, sondern die Fortsetzung des Krieges mit politischen Mitteln — die Fortsetzung des grausamen Krieges, den die Welt bisher gesehen hat. Ich vertraue, daß die Entente nach und nach einsehen und zugeben wird, daß es in ihrem eigenen Interesse liegt, die Friedensdingungen zunächst in der Praxis und dann auch in der Form zu mildern.

Allerdings sind die Verordnungen, die gerade jetzt von der hohen Inter-Alliierten Rheinland-Kommission erlassen werden sollen, um ihre eigenen Belustigungen und ihr Verhältnis zu den deutschen Behörden festzusetzen, nicht gerade dazu angelegt, diese Auffassung zu unterstützen. Tatsächlich bedeuten diese Verordnungen

einen einschneidenden Rückschritt

und nicht einen Fortschritt; sie lassen sich mit dem Friedensvertrag nicht vereinbaren und schaffen einen Zustand, der schlimmer ist als der bisherige, überliefern sie doch das gesamte öffentliche und private Leben der Rheinlande dem willkürlichen Ermessen der Kommission, die überall Bestimmungen und einzelnen Fälle, sobald die Sicherheit der Besatzungstruppen oder die Aufrechterhaltung der Ordnung ihrer Meinung nach erforderlich ist. Ich möchte hier nur einige Punkte herausgreifen, die Ihnen die Art, den Geist dieser Verordnungen besonders treffend illustriert. Da sind zu-

nächst Bestimmungen über das Verhältnis der interalliierten Militärbehörden zu allen deutschen Behörden und allen Personen im besetzten Gebiet: Ihren Befehlen muß überall gehorcht werden, und wenn das nicht geschieht, so können z. B. Strafen durch Entziehung der hohen Kommission zurecht, oder dauernd ihres Amtes entzogen werden. Andere Reichsgesetze sind der hohen Kommission vorzulegen und können von ihr sofort oder auch später außer Kraft gesetzt werden. Die Befehlsstrukturen der Entente unterliegen einseitig allen von diesen Truppen angeordneten Maßnahmen in ihren Besetzten Gebieten, einschließlich der Militärgerichte oder Gerichtsbehörden der Truppen. Das ist

ein Freibrief für die rheinischen Hochverräter,

die aber noch dadurch rückwärts geschoben werden, daß gegen Einwohner der besetzten Gebiete ohne Ermächtigung der hohen Kommission weite politische Bestrafungen aus der Zeit des Waffenstillstandes in die gerichtliche Verfolgung einbezogen oder fortgesetzt und seine Strafverfolgung erzwungen werden darf. Andererseits soll die hohe Kommission besetzt sein, ungeschützt gegen alle Maßnahmen deutscher Gerechtigkeit der Unterdrückung irdischer Angelegenheiten sich alle beherrschend und funktionierenden, deren Vorbereitung für den Gang der Unterwerfung für notwendig erachtet wird, auszuüben zu lassen. Das

Belegchimmis wird so gut wie aufgehoben.

Da sich die hohe Kommission das Recht vorbehalt, sich Briefe und Postkarten über Art auszusprechen zu lassen, sobald es das aus irgend welchen Gründen für nötig hält. Außerdem Bürger, Deutsche, Polen, Litauer und Litauer, können nach ihrem Ermessen verhaftet oder festgenommen werden. Das Verbot, in der besetzten Zone öffentlich zu sprechen, ist aufgehoben, die Besatzungsmächte können jedoch, da dies selbst unpolitische Veranlassungen von ihrer Ermächtigung abhängt, auf diese Weise die Besatzungsmächte der hohen Kommission unterstellt, ohne daß ihm eine Verleumdungsmöglichkeit verweigert werden kann. Das ist ein Schritt, der im schlimmsten Falle den Entente wird selber einziehen, daß sie Willkürmaßnahmen einführen lassen muß; nicht nur aus allgemeinen rechtlichen Gründen, sondern aus dem rein realpolitischen Gesichtspunkt heraus, daß man auf diese Weise nicht dauernde Verhältnisse schafft.“

Zum Schluß der Unterredung fand der Reichskanzler folgende Worte für die Gesandten:

Die während des Krieges durch die Schweiz zentralisiert worden ist, er sprach davon, wie dankbar das deutsche Volk und die deutsche Regierung für den Lichtblick sei, den die warme Menschlichkeit des Schweizer Volkes in den schweren Tagen des Kampfes und des Waffenstillstandes für Deutschland bedeutet hat. „Sagen Sie Ihren Landsleuten, falls er, daß wir nie vergessen werden, was sie für uns getan haben. In der Stunde, in der die Kriegsverhandlungen haben wir uns von Mensch zu Mensch kennen gelernt und das wird auch dann beitragen, die zwischen uns liegenden Fragen, die zwischen uns stehen, eine friedliche und für beide Teile erstrebenswerte Lösung entgegenzuführen.“

der Technischen Notfälle anzufristen. In Breslau hat der Polizeipräsident vorläufig von der Zuspätnahme der Technischen Notfälle abgesehen. Mit Hilfe des Lokomotiversonals, das sich zur Verfügung gestellt hat, wird der Betrieb notwendig anzufristen. Der Ingveterat ist vollständig, aber unregelmäßig.

Noch keine Entscheidung über Meyers Rücktrittsgesuch.

Berlin, 15. Januar. (Eigene Drahtnachricht.) Die Entscheidung über das Rücktrittsgesuch des Reichsfinanzministers Dr. Meyer wird erst in der nächsten Woche fallen können. Es ist durchaus noch nicht gesagt, daß Dr. Meyer aus dem Amte scheidet, denn die Bayerische Volkspartei hat zwar die Arbeitsgemeinschaft mit der Zentrumsfraktion der Nationalversammlung aufgehoben, aber einen Antrag, in die Opposition zu gehen, mit allen gegen die eine Stimme des Dr. Heim abgelehnt. Die Bayerische Volkspartei wird Anfang kommenden Woche in München erneut über die Lage beraten und dabei erst endgültig über ihr Aussehen oder das Verbleiben des Reichsfinanzministers im Reichsministerium schlichtig werden.

Das Verfahren gegen Collaou.

FRANKFURT, 15. Januar. (Eigene Drahtnachricht.) Die Angelegenheit des Collaou, der sich als oberster Gerichtshof verurteilt, Collaou wurde vorgeladen. Gerichtsverhandlung in der Verhandlung, nach der die Eröffnung der Verhandlung auf den 17. Februar festgelegt wurde. Darauf wurde die Verhandlung als geschlossen erklärt.

Die radikale Arbeit mit Fälschungen.

Berlin, 15. Januar. (Eigene Drahtnachricht.) Hier wurde ein Antrag verteilt, der zum Generalstreik auffordert. Er trägt die Unterschrift der Berliner Gewerkschaftskommission. Wie sich herausstellte, ist diese Unterschrift gefälscht. Die Berliner Gewerkschaftskommission hat bisher zu der Frage des Generalstreiks noch keine Stellung genommen. Heute um 4 Uhr tritt der Ausschuss an, um den sich mit dem Generalstreik beschäftigen wird. Es wird versucht werden, alles zu tun, um einen dem Generalstreik zustimmenden Versuch zu verhindern.

Weitere Verhandlungen in Berlin.

Berlin, 15. Januar. (Eigene Drahtnachricht.) Wie wir hören, sind heute vormittag weitere Verhandlungen stattgefunden worden. Mehrere unabhängige und kommunistische Delegierten wurden in Schutzhaft genommen. Es wurde von ihnen festgestellt, daß sie am Dienstag vor dem Reichstagsgebäude zu Ausstellungen aufgeboten haben.

Selbstmord eines U-Boot-Helden.

FRANKFURT, 14. Januar. Der U-Bootskommandant Korvettenkapitän Morath hat sich hier vergiftet.

Die Streiklage in Breslau.

Breslau, 15. Januar. (Eigene Drahtnachricht.) In Breslau wird in den Hauptwerkstätten gestreikt. In Wroclaw und Brodau wird der Betrieb mit Hilfe

Die „Schärfsten Mittel“.

Der Kampf gegen die Berührung. Der Kampf gegen die Berührung. Der Kampf gegen die Berührung.

Reichskanzler Bauer hat der Nationalversammlung und dem deutschen Volke die „schärfsten Mittel“ versprochen im weiteren Kampf gegen die Umstürzlerbewegung der Unabhängigen und Kommunisten. Unter den schärfsten Mitteln war vermutlich nicht nur das äußere militärische Machtausgebot gemeint. Das Urteil soll vielmehr an der Wurzel gepackt, in seinen heimlichen Quellen vertrocknet werden. Dazu gehört eine umfassende politische Amalie Tätigkeit. Einer der ersten Schritte des Reichswehrministers Rössle im Felde des neuen Ausnahmestandes war das Verbot der beiden Zeitungen „Die Freiheit“ und „Die rote Fahne“. Als die Mäpfer in den kritischen Revolutionsstagen des Jahres 1919 verboten wurden, brachten es noch ein paar bürgerliche Freisprenger fertig, das Verbot im Interesse der allgemeinen Pressefreiheit zu bekommen. Diesmal wird wohl niemand mehr so viel falsch verstandenen Übermutismus an unehren Platz aufsetzen. Das Verbot ist mehr als notwendig, obwohl zur Strafe für das Ungeheuer, das diese beiden Zeitblätter anrichten haben, als auch zur Verhütung weiteren Unheils. Und es ist nur zu wünschen, daß im ganzen Reich die bürgerlichen und spartakistischen Literatur das Handwerk gelegt wird. Sonst trifft man die eigenen Wäpfe und Schürzen nicht. Von dieser Art gehen alle Anregungen zu Streik, Sabotage und Straßenkämpfen. In ihr arbeiten die eigentlichen Drahtzieher und Jäger mit ihr auf die Massen zu wirken. In den Parlamenten und Gemeindevertretungen geben sie sich noch demokratisch und republikanisch, in den Spalten ihrer Presse aber bereits syndikalistisch und terroristisch. Eine Doppelrolle, wie es z. B. Frau Luise Jürg macht. In der Nationalversammlung ist sie hystersch auf, draußen wird geschrien, man dürfe nicht weiter verhandeln und kurz vorher soll sie am Fenster gestanden haben, mit dem Aufschrei die Stürmenden heranziehend. Dieses Treiben ist zu unteruchen, und keine parlamentarische Immunität schützt die unabhängigen Führer vor der Verfolgung solcher geradezu verbrecherischen Taten. Die Unabhängigen müßten diesen dunklen Punkt gerne verwinden, indem sie nach dem Schuldigen fragen, der den ersten Anstoß zu dem Untergang gegeben habe. Sie hoffen, daß es vielleicht doch ein in der letzten Stunde kostlos gewordener Polizeisoldat gewesen sei, der das Maßlosengewerbe zu schnell losstritten ließ. Aber diesen Vermutungsverbindungen steht das gleichlautende Zeugnis von Parlamentariern und Journalisten aller Parteien gegenüber, daß die Sicherheitspolizei eine geradezu unverständliche Vorgangmatte walden ließ, die sie dann auch Opfer kostete. So, es stellt sich nachträglich heraus, daß ein — juristisches Gutachten, das die Sicherheitspolizei einholte, ihren Leuten an den Reichstagsparlamenten zum Verständnis wurde. Das Gutachten riet von jeder Strafverfolgung ab, weil la nach Aufhebung des Befehlsgewaltigen Massenversammlungen und Demonstrationen auf der Straße erlaubt seien. Eine unheilvolle unrichtige Ansicht. Denn wenn ein öffentliches Gebäude gegen Anschläge geschützt werden soll, hat die Polizei das Recht, die unmittelbaren Strafen zu sperren und sie bedarf dazu mehr des Befehlsgewaltigen noch des neuen Ausnahmestandes. Viel wichtiger als solche in Übermaßlichkeit eingeholten Gutachten wäre jetzt eine kriminalistische Durcharforschung des ganzen Maulwurfsbaues der Verhöhnung, der unterirdisch ganz Deutschland durchzieht. Der Kanzler sprach von einer geheimen Konferenz der Unabhängigen und Kommunisten, die kürzlich in Halle stattfand. Was hatte diese für Absichten und welches war ihr Ergebnis? Die Verhaftungswachen im Reichstagsgebäude ist noch in letzter Minute verhindert worden. Wer aber schlug die Behörden und Helfer vor Mientaten, wie wir sie im Januar und März vorigen Jahres erlebt haben? Welche Rolle spielt bei den jetzigen Vorgängen der freigelassene russische Volksgast Radet? Ist er wirklich der ruhige Berliner Gast, der nur auf den Fuß durch Polen oder Dänemark wartet? Welche Rolle hat der unabhängige Abgeordnete A. B. bei dem Portal II des Reichstages während der kritischen Minuten vor dem Ausnahmestandes gespielt? Die Regierung wird hier zugreifen. Es genügt nicht, den Straßenhorden zu verhaften. Die „schärfsten Mittel“ müssen sich auf eine unerbittliche Aufklärungsarbeit der politischen

Vertical text on the left margin: Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt

